

Krafsamer Zeitung.

Nr. 198.

Donstag den 30. August

1864.

Die „Krafsamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kralau 3 fl., mit Beisendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. August v. J. dem substituirten Balleinnehmer in Sielece Sigmund Bogner in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung von sechs Personen vom Tode des Ertrinkens das goldene Verdienstkreuz allergnädig zu verleihen geruht.

Der königlich ungarische Hofkanzler hat den Practicanten der königlich ungarischen Gerichtstafel Emil Sebastiani v. Remetz-Boganyen zum Honorarconceptadjuncten bei der königl. ungarischen Hofkanzlei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 30. August.

Die auf gestern angelegte dritte Zusammenkunft der österreichisch-preussischen mit den k. dänischen Bevollmächtigten hat, wie uns aus Wien mitgetheilt wird, nicht stattgefunden. Der Grund dieser hoffentlich kurzen Verzögerung soll in dem Umstande liegen, daß dänischer Seits die Ausarbeitung von Schriftstücken, welche zur Vorlage für die Conferenz bestimmt sind, noch nicht zu Ende gebracht ist. Der finanzielle Theil der schwebenden Frage ist nach der „Presse“ noch nicht Gegenstand der Erörterung bei den Friedensverhandlungen gewesen, sondern es haben dieselben sich ausschließlich mit der Territorial-Frage beschäftigt, und man hat sich bereits so weit geeinigt, daß die Commission zur Detail-Regulierung der Gränze demnächst ernannt werden und ihre Arbeiten an Ort und Stelle in Angriff nehmen kann. Nach derselben Quelle sollen die dänischen Bevollmächtigten trotz der bekannten Aeußerung des Finanzministers im Kopenhagener Reichsrath einer Regulierung der Gränze nach den Bestimmungen der Friedens-Präliminarien nicht widerstreben, und hätte Herr v. Bismarck Wien nicht verlassen, wenn in dieser Beziehung noch ernste Differenzen bestanden hätten.

Ein Wiener Blatt will wissen, daß die Friedensverhandlungen auf eine längere Zeit unterbrochen werden. Das Motiv hierzu soll eine in neuester Zeit dem französischen Botschafter zugekommene Weisung seiner Regierung gegeben haben, wornach Frankreich bei den Conferenzen — zwar nur auf indirecte Weise — dahin wirken will, daß ein Theil von Nord-Schleswig, besonders derjenige, der ausschließlich von Dänen bevölkert ist, für Dänemark erhalten werde. In diesem Sinne soll auch von Kopenhagen die entsprechende Instruction für die dänischen Vertreter in Wien eingetroffen und bereits in der letzten Sitzung zur Sprache gebracht worden sein. Die in jüngster Zeit stattgehabten Conferenzen des Ministers v. Bismarck mit dem französischen Botschafter bringt man mit dieser neuesten Weisung in Verbindung. Frankreich soll übrigens noch immer an der Idee einer Volksabstimmung festhalten und sich in dieser Beziehung in einem Rundschreiben an seine Bevollmächtigten ausgesprochen haben. Ferner verlautet, daß man beabsichtigt, eine aus Vertretern der Conferenzmitglieder zusammenzustellende Commission nach dem Norden Schlesiens zu entsenden, um an Ort und Stelle dieser angeregten Gränzberichtigung zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten gerecht zu werden. Die ganze Nachricht klingt höchst unwahrscheinlich.

Ueber die Erklärung des dänischen Finanzministers im Volksting, dahin gehend, daß die den dänischen Vertretern in Wien erteilten Instruktionen darauf abzielen, so viel als möglich von Nord-Schleswig zu behalten, bemerkt die „N. A. Z.“: „So begreiflich wir auch die Absicht der dänischen Regierung finden, so viel als möglich von Nord-Schleswig zu behalten“ — so bedauern wir doch, wenn noch heute dort das „System“ es nothwendig macht, in dem dänischen Volk derartige Hoffnungen anzulegen, ohne daß dieselben irgendwie eine ernstliche Begründung haben. Denn wir glauben, daß es bei der Lage, in welcher sich Dänemark befindet, vor Allem nothwendig ist, sich die Wahrheit, ganz und voll, klar zu machen. Sollte aber jener Aeußerung des Herrn Ministers eine reellere Absicht zu Grunde liegen, so dürften sich die besonnenen Staatsmänner Dänemarks doch ernstlich die Frage vorzulegen haben, welche Früchte es für ihr Land tragen dürfte, wenn diese Politik der Vertheidigung, welche Deutschland seit Jahren von Kopenhagen ertragen hatte, in einer andern Form wieder aufgenommen werden sollte. Nur unter der Voraussetzung, daß das dänische Cabinet loyal und ohne Hintergedanken die Friedenspräliminarien unterzeichnete, nur unter dieser Voraussetzung, sagen wir, haben sich die deutschen Großmächte zu jenen Bedingungen bereit finden lassen, die eben ihrer Politik das Zeugniß geben, daß sie dem Besiegten nicht den Fuß

unerbittlich auf den Nacken setzten, daß sie keine Eroberungspolitik trieben, daß sie nur die deutsche Nation einem Staate gegenüber vertreten haben, der sich das Recht anmaßte, einen Theil derselben unterdrücken zu wollen. Aber nur unter der obigen Bedingung eines loyalen Entgegenkommens ist deutscherseits der Vertrag vom 1. August unterzeichnet worden.“ (Es sind zahlreiche Anzeichen vorhanden, daß die dänischen Bevollmächtigten in die Conferenz mit einer Gefügigkeit eintreten, wie sie sich die Großmächte nicht besser wünschen können und dennoch brüsten sich das Ministerium Blumne im Reichsrathe mit einer angeblichen Vertretung der dänischen Nationalitätsansprüche in Nord-Schleswig, nur um einen kurzen trügerischen Schein zu wahren und die ihm zugehenden Angriffe hinzuhalten. Die Angabe, die dänischen Instruktionen lauten auf Gewinnung Nord-Schlesiens, ist eine Lüge, die bereits durch die Thatsache des Beginnes der Friedensconferenzen offenbar werden muß. Der Zweck ist offenbar kein anderer, als dem Reichsrathe die Möglichkeit einer Einsprache gegen die Cabinetspolitik zu entwinden und ihn in seinen vorgefaßten Entschlüssen mit unerwarteten und unabwendbaren Thatsachen zu überrumpeln. Wie aus dem heute bereits vorliegenden ausführlichen Bericht über die betreffende Sitzung des dänischen Reichsraths hervorgeht, hat der dänische Finanzminister übrigens nicht, wie der Telegraph meldete, geäußert, man werde sich bemühen, Nord-Schleswig, sondern „so viel wie möglich des nördlichen Theils von Schleswig“ zurückzuerhalten. Der Unterschied springt in die Augen. Die Aeußerung des Finanzministers schließt nicht aus, daß die Dänen sich mit den Friedenspräliminarien begnügen, wenn ein anderes Arrangement bezüglich der Gränze nicht möglich ist.)

Die Vermessungs-Arbeiten, welche die preussische Regierung in den Herzogthümern angeordnet hatte, sind in der letzten Zeit wesentlich erweitert worden. Man will das Material, welches dadurch für die Anlage von Handels-Strassen und Befestigungen, namentlich der Häfen, genommen worden ist, zusammenstellen und als Motiv zu einem am Bunde anzubringenden Antrag Preußens wegen der deutschen Küsten-Befestigung benutzen.

Ueber die Remsburger Affaire sind die Unterhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen wirklich noch nicht geschlossen. Die bisher gepflogenen Vorberhandlungen sollen bereits einen ansehnlichen Umfang erreicht haben und dabei kommt die Sache um keinen Schritt vorwärts. Preußen bleibt dabei, seinerseits habe man den Abzug der Bundes-Truppen nicht verlangt, mithin stände auch ihrer Rückkehr nichts entgegen. Das wird nun so lange fortgehen, bis die Bundesstruppen überhaupt zurückgezogen werden. Es heißt, Oesterreich habe sich anheißig gemacht, die betreffenden Regierungen zur Initiative in dieser Beziehung zu bewegen.

Es heißt nun, daß die Zusammenkunft Sr. Majestät des Königs von Preußen mit dem Kaiser Napoleon, der in dieser Woche in Straßburg eintreffen soll, in Kehl stattfinden wird.

Von Paris aus verhandelt man in diesem Augenblick mit der italienischen Regierung wegen Abtretung der Insel Elba, die als Privatdomäne des Kaisers zu einer Erinnerungstätte an den großen Dheim verwendet werden soll.

Die „St. Petersburger Deutsche Zeitung“ bringt an Spitze ihres Blattes vom 22. August einen Artikel: „Die römische Frage“ betitelt, in welchem die Behauptung aufgestellt wird, diese Frage sei nunmehr spruchreif und sie werde über das Loos Italiens entscheiden, ferner daß eine so günstige Situation wie die gegenwärtige zur Einverleibung des päpstlichen Besitzthums sich lange Zeit nicht wieder finden würde. Die „Deutsche Zeitung“ stellt als gewiß auf, daß der Tod des Papstes nahe sei, und dieser Todesfall müsse dann im Süden Europas eine ganz ähnliche Wirkung herbeiführen, wie der Tod Friedrichs VII. im Norden. Der Erfüllung der Wünsche Italiens stellt das Blatt aber eine sonderbare Bedingung: Es müsse sich von Frankreich losagen; dann würden Preußen und England ihm gern behilflich sein, die weltliche Herrschaft des Papstes zu vernichten; ja auch Oesterreich werde sich trösten mit dem reellern Gewinn der Kirchengüter für die Staatscassen, und Rußland endlich werde kaum einen Finger rühren wollen, um dem päpstlichen Uebermuth das letzte Bestehen weltlicher Macht zu erhalten. Italien, das soeben seinen Kronprinzen und seine Generale theils nach Vichy, theils nach Berlin sendet, wird aufgefordert, zwischen dem Osten und Westen zu wählen und sich dahin zu wenden, wo die meiste Redlichkeit und die meiste Macht sei. Zum Preise macht man — so sagt die „Deutsche Petersburger Zeitung“ — die Annerion Roms.

Die „Allg. Ztg.“ bringt den Wortlaut zweier Briefe, durch welche die Herren Sugas und Balsch den Fürsten Gusa „um Nachsicht und Verzeihung bitten“, da sie, „durch Ehrgeiz verblindet, mehr aus Leichtsinne, als aus böser Absicht gefehlt“ hätten.

Die „Patrie“ erzählt, daß Herr Steege, Finanzminister der Donaufürstenthümer, die vorigen Winter vorirte Anleihe im Namen der rumänischen Regierung in London abgeschlossen hat.

Wir haben gestern berichtet, daß das frühere conföderirte Capersschiff Georgia von dem nordstaatlichen Kriegsdampfer Niagara weggenommen worden sei. Die Georgia war vor einigen Monaten in den Häfen von Liverpool eingelassen und dort nach vorgenommener Reparatur in öffentlicher Versteigerung an Herrn Edward Bates verkauft worden. Eine portugiesische Firma mietete von diesem das Schiff, um es zwischen Lissabon und den Azoren laufen zu lassen, oder wie andererseits behauptet wird, um die Blockade der südstaatlichen Küste mit ihm zu brechen. Am 8. August legte die Georgia mit einem werthvollen Kargo von Liverpool nach Lissabon unter Commando des Capitans Witthcombe, eines wohlbekannten Blockadebrechers, am 15. wurde das Schiff nicht weit von Lissabon von dem Niagara genommen und die britische Regierung hat, wie das gestern mitgetheilte Londoner Telegramm zeigt eine Reclamation gegen die Wegnahme des Schiffes nach Newyork geltend. Die Rechtsgültigkeit der Wegnahme eines Schiffes, welches Eigenthum eines britischen Kaufmannes geworden, wird vielfach bestritten. Doch scheint man sich im Allgemeinen der Ansicht zuzuneigen, daß der Capitän des Niagara zu seiner Handlungsweise wohl befugt war, indem man zugleich auf die öffentlichen Warnungen hinweist, welche Seitens der Regierung gegen den Anlauf von Schiffen, die der conföderirten Regierung gehörten, erlassen worden sind.

Den neuesten Nachrichten aus San Domingo zufolge haben die spanischen Truppen viel durch Krankheiten zu leiden, und außerdem soll es ihnen an Lebensmittel und Wasser fehlen.

Der „Botschafter“ schreibt über das Resultat der in Wien gepflogenen Berathungen: Die beiden Monarchen sind persönlich auf das Freundlichste und Vertraulichste von einander geschieden, ihr Verkehr war ein intimer; die beiden Regierungen sind von dem entschiedenen Wunsche befeelt, ihre Allianz aufrecht zu halten, „den nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame in den beiderseitigen Interessen maßgebend sein“ — wie Herr v. Bismarck nach dem „Fremdenblatt“ gesagt haben soll; von Oesterreich wird das Zusammenfassen der Kräfte von ganz Deutschland in voller Einigkeit seiner Glieder betont und auch in diesem Punkte soll Preußen mit Oesterreich einverstanden sein. Wenn man nach den positiven Ergebnissen der letzten Tage fragt, so wird hervorgehoben, „daß sich dieselben in gegenseitigen Concessionen kennzeichnen müssen, welche aber einer vorübergehenden Prüfung und Berathung unterliegen.“ Man wird nicht fehlgreifen, wenn man die letztere Bemerkung auf die handelspolitische Frage bezieht.

Bemerkenswerthe Andeutungen über den Stand der Verhandlungen der beiden deutschen Großmächte bringt ein Wiener Corr. der „F. V. Z.“. Derselbe schreibt: Trog des Glanzes und der Herzlichkeit, welche hier die Person Sr. Maj. des Königs von Preußen umgaben, wird die preussische Politik keine Ursache haben, sich eines Erfolges zu rühmen. Hr. v. Bismarck wird finden, daß er diesmal einen harten Stand hat — das sind die Worte, welche einer der leitenden Staatsmänner unmittelbar vor der Ankunft des königlichen Gastes sprach, und diese Worte haben sich als richtig bewährt. Bundesfreundliches Entgegenkommen ist dem Bundesgenossen in reichlichem Maße und nach allen Richtungen hin geworden, aber man hat sich auf streng auf der Linie bewegt, welche die Interessen Oesterreichs und Deutschlands begrenzt, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, daß die preussischen Gäste mit der Erkenntniß von Wien scheiden, daß Oesterreich entschlossen und bereit ist, keinerlei Sonderbestrebungen zu gestatten und zu fördern, sondern nur sein und Deutschlands Recht, aber auch das ganze Recht zu wahren und zur Geltung zu bringen. Dies gilt in Bezug auf alle schwebenden Fragen, die Herzogthümerfrage in erster Reihe. Zu keiner Zeit ist man hier Augustenburger gewesen, als eben jetzt, und wenn die nächste Zeit einen entscheidenden Schritt in dieser Richtung zu verzeichnen haben wird, so ist derselbe vorwiegend Oesterreich in Rechnung zu bringen.

Der Verständigung in der Zollfrage steht, wie oft erwähnt, Artikel 31 des preussisch-französischen Vertrages hauptsächlich entgegen. In diesem Artikel

verpflichtet sich jeder der beiden hohen vertragenden Theile (Preußen und Frankreich), dem andern jede Begünstigung, jedes Vorrecht und jede Ermäßigung der Eingangs- und Ausgangsabgaben für die in dem gegenwärtigen Vertrage verzeichneten oder nicht verzeichneten Gegenstände zu Theil werden zu lassen, welche er einer dritten Macht in der Folge zugestehen möchte. Sie machen sich ferner verbindlich, gegen einander keinen Einfuhrzoll oder Einfuhrverbot und kein Ausfuhrverbot in Kraft zu setzen, welches nicht zu gleicher Zeit auf die andern Nationen Anwendung fände. Die hohen vertragenden Theile verpflichten sich jedoch, die Ausfuhr von Steinkohlen zu verbieten. Auf Grund des Art. 25 des Zollvertrags zwischen Oesterreich und Preußen vom 19. Februar 1853 (derselbe enthält die Bestimmung, daß spätere Verhandlungen stattfinden sollen, um wenn die Collektion noch nicht zu Stande gebracht werden könnte, sich über gegenseitige weitergehende Befreiherleichterungen, sowie über möglichst Annäherung und Gleichstellung der Tarife zu verständigen) bestreitet Oesterreich Preußen das Recht, mit Frankreich einen die bestehenden Tarife weitgreifend abändernden Vertrag abzuschließen, ehe es mit Oesterreich sich verständigt hätte. Preußen hat bisher diese Auslegung zurückgewiesen, indem es behauptete, es habe nicht in der Absicht der Contrahenten vom 19. Februar 1853 liegen können, die Freiheit der Gesetzgebung eines derselben zu beschränken. Preußen scheint auch keinerlei Schritte thun zu wollen, die Aenderung des Art. 31 zu erwirken, andererseits scheint auch Frankreich wenig geneigt, sich eventual einem solchen Begehren zu fügen. Dies geht aus einer offenbar inspirirten Note des „Constitutionnel“ vom 26. d. hervor, in welcher der Minister v. Bismarck wegen seiner bisher in Erfüllung der Verpflichtungen Preußens gegen Frankreich bewiesenen „Ereue“ gegen das letztere böchlich belobt wird. Offenbar ist da vom französisch-preussischen Handelsvertrag die Rede. Es ist jedoch schwer erklärlich, wie Preußen, wenn es den zwischen Oesterreich und dem Zollvereine bestehenden Februar-Vertrag nach Wort und Geist erfüllt, zugleich dem französischen Handelsvertrage gerecht werden könne.

Vorläufig läßt sich Preußen zu neuen Conferenzen über den Eintritt Oesterreichs herbei. Die preussische Antwort auf die österreichische Note vom 28. Juli, ausgearbeitet von den einschläglichen Fachministerien des Handels und der Finanzen, spricht das Ersuchen aus, Oesterreich möge seine Wünsche in detaillirter Gestalt formuliren und nach Berlin gelangen lassen. Es erklärt ferner die Bereitwilligkeit der preussischen Regierung, jene Wünsche einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, und soweit die Umstände und anderweitige Verträge es gestatteten, auf dieselben einzugehen. Nach der „Const. Oesterr. Ztg.“ ist von einem Verlangen, daß Oesterreich sein Begehren vorerst detaillirt auseinandersetze, keine Rede. Jedenfalls ist die Antwort nur eine formelle und vorläufige, und enthält in keiner Weise bindende Zusagen; sie constatirt nur die übrigens nicht unwichtige Thatsache, daß unmittelbare Verhandlungen mit Oesterreich in der Handelsfrage in bestimmter Aussicht genommen sind. So viel man sonst über die weiteren Intentionen der preussischen Regierung hört, scheint dieselbe allerdings geneigt, an Oesterreich Concessionen von nicht unbedeutender Tragweite zu machen, doch mit der wesentlichen Maßgabe, daß Oesterreich die bezüglichen Begünstigungen nicht allein genießen kann, sondern daß etwaige Tarifherabsetzungen, welche man zu Gunsten Oesterreichs vielleicht noch vornimmt, auch allen anderen Staaten gleichmäßig zu Gute kommen müssen. Hieraus folgt denn als selbstverständlich, daß, von welcher Art und wie weit gehend jene Zugeständnisse auch sonst vielleicht sein werden, doch von einer Aenderung des Artikels 31 des Handelsvertrages nach wie vor unter keinen Umständen die Rede sei, sondern daß die preussische Regierung in diesem Artikel fortwährend einen Fundamentalsatz ihrer Handelspolitik ausgeprägt findet.

Nach dem „Waterland“ ist die preussische Antwort entgegenkommend. Allerdings, schreibt dasselbe, wird das preussische Cabinet den österreichischerseits aus s. 25 und dem Eingange des Februarvertrages hergeleiteten Anspruch auf künftige Collektion mit dem Zollvereine nicht als Vorbedingung der Verhandlungen gelten lassen; aber es ist bereit, ihn zum ersten Gegenstande der, wenn es hier beliebt, sofort und an einem noch zu vereinbarenden Orte zu eröffnenden Unterhandlungen zu machen. Was die zweite österreichische Präliminarforderung betrifft, daß der Abschluß eines Uebereinkommens noch vor der Ratification des französischen Handelsvertrages erfolge, so ist erwidert worden, daß die letztere ohnehin nicht so nahe bevorstehe, weil Preußen seinen Zollverbündeten versprochen und von Frankreich sich ausbedungen habe,

berer besondere Wünsche und Ausstellungen zum Gegenstand nachträglicher Verhandlungen zu machen, die jedoch die Grundlagen des vereinbarten Vertrages nicht mehr umstoßen sollen. Preußen hofft, daß noch lange vor Beendigung dieser Nachverhandlungen mit Frankreich, zu denen es zu schreiten im Begriffe ist, das Ergebnis der mit Oesterreich zu eröffnenden Unterhandlungen sich übersehen lasse.

Krakau, 30. August.

Dem uns vorliegenden ausführlichen polnischen Protocoll der Sitzung der hiesigen Handels- und Gewerbekammer vom 6. Juli d. J. entnehmen wir Nachstehendes: 1) Der Gutsbesitzer S. Bl. Szymanski aus Barwald (Wadow. Kr.) bringt als Correspondent der Kammer verschiedene Angelegenheiten in den Posteinrichtungen seiner Umgegend zur Sprache; so fehlen die Eilwagen von Bielitz bis Kät; von Szwiecin über Kät und Wadowice nach Krakau können die Reisenden nur Nachts fahren; auf den Stationen fehle es an Passagierstühlen; auf den Stationen werde zu langsam expedirt; es sei dort das Bedürfnis täglichen Postverkehrs aufstuf einen Tag um den anderen, es fehle eine Postexpedition dort, so wie auf dem Wege von Siedlitz über Myslenice und Gbów nach Wodnia. Die Kammer unterstügt die Bemerkungen dieser Zuschrift und beschließt, sich dieserhalb an die k. l. Postdirection in Lemberg zu wenden. 2) Darauf wird die Befolgung des Rescripts der hiesigen k. l. Statthalterei-Commission vom 30. April beschloffen hinsichtlich der Neuwahl von Beiräthen aus dem Kaufmannsstande für das Gremium des hiesigen Landesgerichtes und der Kreisgerichte in Rzeszów, Neufandec und Tarnow. 3) Eine längere Debatte entspinnt sich in Betreff der im Auftrag der Triester Handels- und Gewerbekammer von der dortigen Börse-Deputation eingegangenen Einladung zur Besichtigung der 1865 in Triest zu eröffnenden Ausstellung von Erzeugnissen der österreichischen Industrie, event. Beitragung an den hieraus entstehenden Kosten. Präses H. Vinc. Kirchmayer, der sich gleich anfangs dafür ausgesprochen, daß der Einladung Folge zu geben, bringt schließlich zwei Anträge des Vicepräsidenten G. Lud. Zieleniewski und des H. Reiches zur Abstimmung, worauf er bei Stimmgleichheit sich für den Mittelweg entscheidet: Die Industriellen sollen davon benachrichtigt werden und gleichzeitig eine Anfrage an die Deputation in Triest ergehen in Betreff der möglichen Erleichterungen zu Gunsten der Exponenten. 4) Die Administration der industriellen Anstalt im Terynnel erfucht die Kammer, jetzt bei Gelegenheit neuer Handels- und Zollverträge mit dem deutschen Zollverein sich um die Beseitigung mehrerer Anomalien in der österreichischen Zolltarifung im Vergleich zu der im Zollverein zu bemühen. Nach der Bemerkung des Präsidenten, daß dieses Gesuch einestheils in dem Memorial der Kammer bereits erwähnt, anderen Theils in dem gegenwärtigen Stadium der handelspolitischen Verhandlungen von keiner praktischen Bedeutung sei, wird es ad acta gelegt. 5) Für das von der hiesigen Statthalterei-Commission durch Rescript vom 3. Juni d. J. einverlangte Gutachten in Betreff der von der k. l. Kreisbehörde in Tarnow beantragten Reformirung der jetzt obligatorischen Wahlordnung für die Kammer vom 30. October 1855 wird eine Commission, bestehend aus den Herren Zieleniewski, Niklewicz und dem Secretär Gr. J. Zukalski als Referenten gewählt. 6) Als ähnlichen Gründen wie im Punct 4 wird der Vorschlag der Administration der Eisenfabrik in Sucha, die Industriellen des Kammer-Rayons zu einer Verathung nach Krakau zu berufen, ad acta gelegt. 7) Bezüglich eines von der hiesigen k. l. Statthalterei-Commission eingeforderten Gutachtens wird eine betreffende motivirte Antwort in dem Sinne beschloffen, daß in geistlicher Hinsicht die sogenannte „sliowica“ nicht zu den dem Propinationsgesetz unterworfenen Getränken gehört, sondern zu den ausländischen Ladengetränken, welche in den bezüglichen Verordnungen gewöhnlich gezeichnete spirituelle Getränke heißen und als solche von jenem Gesetze ausgenommen sind. 8) Auf Gesuch des Gutsbesitzers und Eigentümers einer bairischen Bier-Bräuerei in Hlocim beschließt die Kammer eine Vorstellung an das k. l. Handelsministerium zu richten dahin gehend, es möchte im Interesse des Handels die Wiedererrichtung des von der russischen Regierung aufgehobenen Nebenollzollens in Sieroslawice veranlaßt werden. 9) Schließlich beschließt die Kammer die Zuschrift der k. l. Central-Marinebehörde in Triest, worin sie zur möglichsten Unterstützung der in dem bekannten Revolutellen-Programm: „Oesterreichs Beteiligungsamt Welthandel“ ausgeführten Zwecke angegangen wird, in Erwägung, daß der Handel ihres ausschließlichen eine continentale Lage habenden Rayons in transatlantischer Richtung über Triest entweder gar nicht oder sehr wenig interessirt ist, ad acta zu legen.

Δ Krakau, im August. [Präparandencurse.] In den letzten Tagen Juni und der ersten Hälfte Juli d. J. wurden an den aus zwei Jahrgängen bestehenden männlichen und weiblichen Präparandencursen in Krakau, Staniatki, Tarnow, Jaroslaw und Przemysl die Schlußprüfung unter dem Vorstehe des betreffenden Volksschulen-Oberaufsehers oder des vom bischöflichen Consistorium zu diesem Acte delegirten Stellvertreter und unter Intervention des Herrn Schulrathes Dr. Macher abgehalten. An diesen Präparandencursen wurden im abgelaufenen Schuljahre nachstehende Gegenstände behandelt: Religionslehre, verbunden mit der biblischen Geschichte und Erklärung der kirchlichen Ceremonien, Erziehungslehre, Unterrichtslehre, polnischer und deutscher Sprachunterricht, Rechnen, Schön- und Fertigschreiben, Zeichnen und Geographie. Außerdem wurden noch gelehrt an den männlichen Curfen Gesang, Orgelspiel und Landwirtschaftslehre, in Jaroslaw und Przemysl auch noch die ruthenische Sprache und an den weiblichen Curfen Weltgeschichte, Naturlehre, Naturgeschichte und weibliche Handarbeiten. Bei jedem dieser angeführten Gegenstände wurde gleichzeitig die specielle Methodik desselben auf praktische Weise behandelt. Die Zahl der Zöglinge betrug an den Präparandencursen

in Krakau: an männlichen 54, an weiblichen 32; in Staniatki: an weiblichen 15; in Tarnow: an männlichen 12; in Jaroslaw: an männlichen 30; in Przemysl: an männlichen 24, an weiblichen 9.

Der Schlußprüfung haben sich unterzogen: in Krakau: am männlichen Curse 29, am weiblichen Curse 15; in Staniatki: am weiblichen Curse 8; in Tarnow: am männlichen Curse 7; in Jaroslaw: am männlichen Curse 25; in Przemysl: am männlichen Curse 15, am weiblichen 2. Von diesen Zöglingen wurden qualificirt: In Krakau: Am männlichen Curse 4 für Haupt-, 17 für Trivialschulen, 5 zu Unterlehrern, 3 auch zu Organisten; am weiblichen Curse 11 für Haupt-, 3 für Trivialschulen, 1 zur Lehrergehilfin. In Tarnow: 1 für Haupt-, 4 für Trivialschulen, 1 zum Unterlehrer, 1 auch zum Organisten. In Jaroslaw: 5 für Haupt-, 13 für Trivialschulen, 7 zu Unterlehrern, 4 auch zu Organisten. In Przemysl: Am männlichen Curse 1 für Haupt-, 10 für Trivialschulen, 1 zum Unterlehrer; am weiblichen Curse 1 für Haupt- und 1 für Trivialschulen.

Diese Uebersicht liefert einen erfreulichen Beleg, daß ein nicht unbedeutender Nachwuchs fürs Lehramt an Volksschulen im westlichen Galizien vorhanden ist. Während noch vor Jahren viele neue, mitunter dotirte Trivialschulen wegen Mangel an geeigneten Lehramtsandidaten nicht eröffnet werden konnten, stellt sich jetzt gegenwärtig bereits ein mannhafter Ueberschuß an qualificirten Lehramtsandidaten heraus, von denen mehrere zu schönen Hoffnungen berechtiget. Aber dessenungeachtet müssen wir der „Silesia“ vollkommen zustimmen, welche im laufenden Jahre in ihrer Nummer 30 im Artikel: „Zur Neugestaltung der Volksschule“ u. A. auch nachstehende Behauptungen aufstellt: „Was vor Allem Noth thut, ist eine allgemeine und gründliche Bildung der Lehrer, ihres Geistes und Herzens, da Halbheit, wie überall, so auch auf dem Gebiete der geistigen Interessen nur von Noth ist. Wenn man sieht, wie im Lehrfache an der Volksschule so viele „arme Ritter vom Geiste“ arbeiten, wie geistig verwaht manche von ihnen erscheinen, da wird man die unabwendbare Nothwendigkeit der Bildung der Volksschullehrer wohl begreifen. Dazu genügen aber die bisherigen Bildungsmittel, wie der leibige „Präparandencurs“ nicht, sondern es bedarf hierzu, wie dies in allen Staaten der Fall ist, wo das Schulwesen sich eines hohen Aufschwungs erfreut, der Schullehrerseminare, deren Gründung bei uns nur vom Staate ausgehen kann.“

Wenn wir gut unterrichtet sind, hat das hohe Staatsministerium noch im vorigen Jahre das Project wegen Gründung eines Lehrerseminars in Krakau angeregt, dessen Realisirung wir mit großer Ungeduld entgegensehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. August.

Der Staatsminister hat aus dem durch das Finanzgesetz vom 29. Februar 1864 für Künstler bewilligten Betrage von 25,000 fl. eine Anzahl von Pensionen betragen in Anerkennung künstlerischer Leistungen verliehen; ferner einer Reihe von bildenden Künstlern Arbeitsaufträge zugewendet, und endlich folgenden Bewerbern Stipendien aus der genannten Summe bewilligt, und zwar: Dem Maler Victor Barvitius aus Prag; dem Landschaftsmaler Julius Marak aus Leitomischl; dem Tonkünstler Franz Doppler, dem Maler Sagnowski aus Lemberg; dem Historienmaler Giuliano Jaffo aus Serravalle; dem Kupferstecher Paul Meditsch, dem Landschaftsmaler Anton Slawaczek, dem Dichter und Uebersetzer Otto Gottfried Freiherrn v. Lützendorf-Leinburg, dem epischen Dichter Franz Nissel, dem Historienmaler Wenzel Nollisch, dem Bildhauer Anton Schmidgruber, dem Bildhauer Leopold Schrödl, dem Historienmaler Friedrich Standinger, alle aus Wien.

Bekanntlich wird über Wunsch des Reichsrathes an einer Revision des Militär-Pensions-Normale gearbeitet. Nach der „Presse“ beträgt die Zahl aller pensionirten Officiere zusammen 8293, während die Stabesübersicht der Officiere in der ganzen Armee, die Supernumerären mitgerechnet, nur 15,662 anweist. Der Militär-Pensions-Aufwand für 13,669 Pensionisten, worunter 933 Militär-Parteien, 679 Beamte und 764 Unterpatrien, wird mit circa 7,600,000 fl. veranschlagt, während die Summe aller Gagen der ganzen Armee nur mit 15,547,157 fl. begiffert ist, also wenig über das Doppelte der bloßen Militär-Pensionen ausmacht.

Deutschland.

Wie erwähnt, wird in Gütin (oldenburgische Enclave in Holstein) Se. k. Hoheit der Großherzog von Oldenburg demnächst erwartet. Der Empfang, schreibt man dem „Frdbl.“, wird in Anbetracht der politischen Lage ein doppelt freudiger sein, und werden bereits vielfache Vorbereitungen getroffen. Auch aus Holstein werden ansehnliche Persönlichkeiten und Deputationen dort eintreffen, um dem Großherzoge Ergebenheitsadressen zu überreichen und die Versicherung zu ertheilen, daß die Erhebung seiner Erbansprüche in Holstein mit freudigen und hoffnungsreichen Gefühlen aufgenommen worden sei. So wird unter Anderem eine Deputation der Ritterchaft Holsteins unter Führung der H. Grafen Blohne, Reventlow und Hahn am groß. Hoflager eintreffen, um demselben ihre Ergebenheit auszudrücken, auch aus den Städten Preetz, Lütjenburg, Oldenburg, Plön und aus der Provinz sind bereits Deputationen angekündigt. Es ist zweifelhaft, ob der Großherzog Deputationen in corpore überhaupt empfangen werde, da er — im Gegenfalle zu dem Prätexten in Kiel — nichts mehr scheut, als ein Borgreifen der rechtlichen Entscheidung in der Erbfolgefrage. Immerhin ist es jedoch ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit, daß trotz

des in den Städten wie am flachen Lande ausgeübten Terrorismus der Augustenburgerischen Partei die Sympathien und Wünsche für die Oldenburgische Candidatur sich Bahn brechen und laut werden. Würde es in den Intentionen des Großherzogs Peter liegen, voreilige Huldigungen und Ovationen des Landes entgegenzunehmen, er brauchte nur Holstein zu bereisen, und alles Uebrige würde sich von selbst machen, und der auf seiner Villa in Düsterbrook bei Kiel privatirende Erbprinz würde binnen wenigen Wochen aus dem Sattel gehoben und vergriffen sein.

Von 121 Sülter „Eingeeffenen“ ist eine Eingabe an die Landvoigtei gerichtet worden, worin sie erklären, die von der dänischen Regierung wegen Verweigerung des Huldigungsbeides für Christian IX. abgesetzten Rathsmänner als ihre erwählten und bestellten Volkserichter und Vertreter noch jetzt und künftig anzuerkennen, den übrigen Rathsmännern aber, die sich erniedrigt haben, einer usurpirten Regierung zu huldigen, die Anerkennung als freie friesische Richter oder rechtmäßige Rathsmänner und Vertreter der Landschaft Sülter zu verweigern.

In Freiburg ist ein päpstliches Breve angelangt, welches das neue badische Schulgesetz verwirft und erklärt, die Kirche habe die Schulen gegründet, sie habe dieselben immerfort mit der größten Sorgfalt gepflegt, als ein vorzügliches Gebiet ihres Wirkens angesehen, und deren Trennung von ihr bringe ihr und den Schulen selbst den größten Schaden; sie würde sich genöthigt sehen, die Gläubigen zu warnen und ihnen zu erklären, daß solche der katholischen Kirche feindelige Schulen nicht mit gutem Gewissen besucht werden können. Der Papst wünscht dann dem Erzbischof von Freiburg, an welchen das Breve gerichtet ist, Glück dazu, daß er, treu der katholischen Lehre, in Betreff der Erziehung der Jugend in seiner Denkschrift allen Meinungen und Anordnungen sich weise und fest widersetzt hat, welche vom Großherzogtum Baden zu Reformation der Volksschulen vorgelegt seien und welche das größte Verderben der christlichen Erziehung bringen und die ehrwürdigen Rechte der Kirche in so wichtiger Angelegenheit gänzlich zerstören. Der Gemeinderath von Freiburg hat eine scharfe Erklärung gegen das letzte erzbischöfliche Hirten schreiben erlassen.

In Karlsruhe hat vergangenen Sonntag die erste öffentliche Ehekündigung nach dem neuen Gesetze stattgefunden. Der Oberbürgermeister erschien im Amtssortiment in der Begleitung des Gemeinderaths-Secretärs auf dem Balcon des Rathshauses und verführte der unten stehenden Menge, daß sich ein in Karlsruhe ansässiger Protestant mit einer Israelitin zu verheirathen beabsichtige; wer etwas dagegen einzuwenden habe, möge dies bei der Behörde anmelden.

Die Berliner „Montags-Ztg.“ schreibt: Man versichert, der König habe von dem Kaiser Napoleon eine Einladung zum Besuch des Lagers von Chalons erhalten und daß eine Annahme dieser Einladung nicht zu den Unmöglichkeiten gehöre. Ueber den Aufenthalt Sr. Maj. des Kaisers von Rußland am hiesigen Hof ist noch gar nichts festgestellt. Unmittelbar nach dem Eintreffen des Kaisers in Darmstadt wird eine Consultation der Ärzte stattfinden, ob die Kaiserin noch länger in Süddeutschland oder vielleicht in noch südlicheren Gegenden bleiben muß, was sehr wahrscheinlich ist, und von dieser Consultation würden alle weiteren Dispositionen abhängen. Selbst wenn Sr. Maj. der Kaiser einige Tage hier verweilen wird, möchte sich der Aufenthalt und Verkehr desselben streng innerhalb militärischer Kreise halten. — Es ist wieder fraglich geworden, ob der König schon am 5. September hierher zurückkehrt, da der Kaiser von Rußland, der an diesem Tag hier eintrifft, schon in derselben Nacht abreist, um zu den Herbstmanövern wieder hier einzutreffen. Bis zum 13. Sept. wird der König jedenfalls zurückgekehrt sein. — Unter andern hohen Gästen wird der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen zu dem im nächsten Monat in hiesiger Nähe stattfindenden Königsmanöver hier erwartet. — Den Oberhofmarschall Grafen von Dückler bezieht man mit einer gewissen Bestimmtheit zum Nachfolger des in Rom jetzt verstorbenen Stallmeisters, General v. Willisen. Graf v. D. soll von jeher diese Stelle gewünscht haben. Dem Vernehmen nach wird vorläufig das Amt eines Oberhofmarschalls nicht wieder bezeugt werden.

Die „B. V. Z.“ theilt über die weiteren Reisen des Königs mit, er werde am 5. Sept. zur Begrüßung des Kaisers von Rußland auf Schloß Babelsberg eintreffen, den Kaiser am Abend daselbst empfangen und am nächsten Tage nach Baden-Baden zurückkehren. Erst nach dem 15. September wird der König aus Baden-Baden dann wieder zurück erwartet. Gleichzeitig mit dem König wird auch der Ministerpräsident von Bismarck am 5. September in Berlin eintreffen, jedoch nicht wieder nach Baden-Baden zurückkehren, sondern in Berlin verbleiben und die Geschäfte des auswärtigen Ministeriums wieder selbstständig übernehmen.

Aus Berlin hatten die „Hamb. Nachr.“ berichtet, der preussische Landtag würde aufgelöst werden. Die „B. u. H.-Z.“ bestreitet diese Nachricht und sagt, daß daran nicht gedacht wird. „Zwar sollen die Beratungen der inneren Frage im Staatsministerium erst nachdem der König und die sämmtlichen Minister nach Berlin zurückgekehrt sein werden, beginnen, doch wird schon jetzt sehr bestimmt angenommen, daß der Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung im November zusammentreten wird.“

Frankreich.

Paris, 25. August. Prinz Humbert wird im Palais Royal wohnen, wo Alles zu seinem Empfange vorbereitet ist. Der Prinz bleibt ungefähr vierzehn Tage in Paris. Der Kaiser hat den General de Mollard und seinen Stallmeister, den Fürsten Ponia-

towski, und der Prinz Napoleon seinen Ordnamungs-Officier, den Capitän Billot, dazu bestimmt, während des Aufenthaltes des Prinzen in Frankreich seiner Person beigegeben zu sein. Große Jagden und Diners werden bei dieser Gelegenheit stattfinden. Der General Lamarmora ist incognito in Cherbourg angekommen. Der Prinz Napoleon ist seit Montag von seinem Ausfluge zur See wieder zurück. Er traf gerade einen Tag nach der Abreise des Königs von Spanien wieder in Paris ein. Letzterer hat von Bayonne aus eine telegraphische Depesche an den Kaiser gerichtet, um sich bei ihm für den herzlichen und glänzenden Empfang zu bedanken, den ihm Ihre französischen Majestäten und die französische Nation bereitet hätten. Letztere war bei der Aufnahme, welche dem Könige zu Theil ward, wohl ziemlich unschuldig, da nirgends der Ruf: „Vive le roi d'Espagne!“ erklang. Der Kaiserin hat der König im Namen der Königin Isabella ein besonders für eine geborene Spanierin werthvolles Geschenk gemacht, nämlich einen Schmuck von spanisch-historischem Werthe. Die Herren v. Montezuma und de Santa Cruz, aus dem Gefolge des Königs, haben das Großkreuz der Ehrenlegion erhalten. — Der kaiserliche Prinz hat dem Könige für die Königin Isabella eine Noje gereicht mit den Worten: „Ich kann Eurer Majestät für die Königin nichts Anderes bieten, hoffe aber, daß sie mich nicht vergessen wird, da ich doch spanisches Blut in den Adern habe.“ Der König hat diese naive Artigkeit so sehr zu würdigen gewußt, daß er den spanischen Juwelier Samper rufen ließ und ein zierliches Kästchen anfertigen ließ, in welchem diese Noje immerwährend aufbewahrt werden soll. — Als Herr v. Persigny die Rede in St. Etienne hielt, mit der denkwürdigen Schlußapostrophe an den „Begründer der Freiheit in Frankreich“, wußte er zweifelsohne noch nichts von der neuen Maßregel, von welcher der „Courrier du Dimanche“ betroffen wurde. Dieses Blatt, das zu Anfang dieses Jahres bereits einmal auf zwei Monate, damals eines Artikels von Prevost Paradol wegen, unterdrückt worden war, ist heute von derselben Strafe wegen der Canjerie Alfred Assolant's betroffen worden. Man hat sich jedoch erst fünf Tage bedacht, denn der Graf Boudets, des Ministers des Innern, ist vom 24. datirt und der Artikel schon seit Samstag in Federmans Händen, ohne daß man auf den Gedanken kam, etwas straffälliges gelesen zu haben. In dem Unterdrückungsbeschlusse heißt es unter Anderem, daß in dem Artikel Assolant's bei einem Vergleiche zwischen dem Kaiserreiche und der früheren Regierung die für Frankreich und seine Armeen glorreichsten Thaten ins Lächerliche gezogen werden und derart zum Haffe und zur Verachtung der Regierung aufgereizt war.“

Die französischen Gerichte haben wieder einmal den unzerstörbaren Charakter des Gelofigkeits-Gelübdes der katholischen Priester anerkannt. Das Tribunal von Angoulême hat einen ehemaligen katholischen Geistlichen, Chataignon, mit einer Klage gegen die Civilstandsbeamten abgewiesen, welche seine Heirat zu publiciren und zu vollziehen sich geweigert hatten. Das Gericht erklärte in dem letzten Erwägungsgrunde seines Urtheils, daß Chataignon als katholischer Priester ordinirt und seiner Gelübde nicht entbunden ist, folglich auch seinen priesterlichen Charakter nicht verlieren und sich desselben nicht entäußern kann.

Das „Journal des Debats“ beleuchtet die Zustände in Algerien. Die „scheinbare Ruhe“, schreibt man den Debats aus Algier, „war nur ein Waffenstillstand, während dessen die geheimen Emissäre der Kuan fortfuhren, Berrath auszusäen und den Boden unter unleren Füßen zu unterminiren. Jetzt, da die Ernte beendet und ein Theil derselben in den Silos verstreut ist, bricht die Revolte wieder aus. Mohamed Ben Hamza und sein Onkel St-Eala haben die Wüste verlassen und sind wieder in die Region des Hoch-Plateaus gegangen. In Folge ihres Aufrufes haben mehrere Stämme der Kreise von Boghar und Laghna ihre Dörfer verlassen, ohne sich sogar um ihre Getreideschober zu bekümmern, welche sie mitten auf dem Felde zurückließen. Sofort haben sich Banden gebildet, um zu plündern, in Brand zu stecken und zu morden. Zweien Europäern hat man den Kopf abgehauen. . . . Selbst unter den Arabern im Süden der Provinz Algier, welche während der letzten Expedition treu mit dem General Jusuf gegangen waren, sind viele abgefallen. Die Provinz Oran, wo die Secte der Deraona einen großen Einfluß ausübt ist zitternd unter der Hand des Generals Deligny. General Desvaur, der zum Unter-Gouverneur ernannt worden ist, hat noch nicht die Provinz Constantine verlassen, wo er durch seine feste Haltung und seine strenge Gerechtigkeit dazu gelangt ist, bis jetzt die Ruhe aufrecht zu erhalten.“

Das Gerücht, der französische Finanzminister sei in Tarbes gefährlich erkrankt, wird vom Constitutionnel als gänzlich ungegründet bezeichnet.

Belgien.

Der Prüfungsausschuß der belgischen Deputirtenkammer hat einige gegen die liberale Doppelwahl zu Thuin erhobene Reclamationen als unbegründet beseitigt und die Kammer beide daselbst erwählte Abgeordneten zum Eidschwur zugelassen. Eine sehr heftige Debatte entstand durch einen Passus des Ausschußberichts über die Center Wahlen. Die Commission, vom Zufall des Lozes zur Mehrheit aus Rericalen zusammengesetzt, hatte sich nämlich erlaubt, einen Tadel gegen den Caffeationshof auszusprechen, weil dieser 93 als schlechte Steuerzahler notirten Bürgern von Gent den clericalen Reclamationen gegenüber ihr Wahlrecht gewahrt, und somit, wie die Commission behauptet, durch einen Zuwachs von unbefugten Wählern der Wahl vom 11. d. eine andere Wendung gegeben hat. Nichtsdestoweniger beantragte der Ausschuß die Zulassung der sieben Center Erwählten. Nach einer sehr stürmischen Discussion genehmigte

N. 21549. Kundmachung. (889. 1-3) Zur Befehung der... der Tarnower Unterrealschule...

Bewerber um diesen Posten haben ihre gehörrig belegten Gesuche im Wege ihres vorgelegten Amtes beim Tarnower bischöflichen Consistorium...

Kundmachung. (887. 1-3) Von der k. k. Genie-Direction wird bekannt gemacht...

am 5. October 1864 um 10 Uhr Vormittags in der k. k. Militär-Bauverwaltungs-Kanzlei...

I. Parthie. Die Feldschanzen Nr. 1 bis 6, dann das Fort am Kosciuszko-Hügel...

II. Parthie. Die Feldschanzen Nr. 8, 8 1/2 bei Kobzow und Nr. 10 und 11 bei Krowodrza...

III. Parthie. Vorwerk Nr. 12, Schanze Nr. 13, 14 und 14 1/2...

IV. Parthie. Piaski und Dabie, Vorwerk Nr. 17, Schanze Nr. 15 und 16...

V. Parthie. Plasow, Schanze Nr. 18, 19 und 20...

VI. Parthie. Podgórze, Thurm St. Benedikt, Vorwerk Kratus, Thurm Krzemionki...

VII. Parthie. Die Schanzen Nr. 24 bis 29 1/2 bei Kapelanka, Zakrzówek und Dębni...

Summa 152 Soch 1550 1/2 Quadr.-Klstr. mit der Caution von 100 fl.

2. Die bezüglichen, schriftlichen, versiegelten, mit einer 50 kr. Stempelmarke versehenen Offerte können schon früher, spätestens aber bis zur vorbesagten Stunde in der obenbesagten Kanzlei...

3. Die zur Sicherstellung des hohen Aeras von den Differenten erlegte Caution wird den Richterstern gleich nach der Verhandlung rückgestellt...

4. Der Anboth des jährlichen Pachtzinses ist für die eine oder die andere Parthie in Ziffern und Buchstaben deutlich anzugeben.

5. Dem Offerte muß die Erklärung beigefügt werden, daß sich der Different den ihm bekannten Bedingungen in allen Punkten unterwerfen wolle.

6. Bei mehreren in Gesellschaft verbundenen Differenten muß das Offert auch die Solidar-Verpflichtung dem Aeras gegenüber enthalten.

7. Sämmtliche Gründe mit Ausnahme des Aeras in Zablocie 443 1/2 Quadratklafter enthaltend, dürfen nur zur Grasfegung benützt werden.

N. 8369. Kundmachung (891. 1-3) Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau wird bekannt gemacht...

1) Zaraz po dopelnieniu tego warunku oddane zostana sprzedane realności kupujacemu w fizyczne posiadanie, nieczekajac nawet jego ządania...

2) Kupiciel obowiazany wierzytelności na sprzedane realności hipotekowane, gdyby wierzycciele te przed umowionym moze terminem zapłaty przyjac nie chcieli...

3) W 30 dni po prawomocności tabeli płatniczej winien kupiciel drugą połowę ceny kupna z zalegtemi moze procentami do depozytu sądowego złożyć...

4) Po dopelnieniu warunku 7go kupicielowi dekret własności sprzedanych realności wydany, i on za właściciela zainstabulowanym...

14 i 24 Października 1864 r. zawsze o godzinie 10 rano w gmachu sądowym w Krakowie przy ulicy Krupniczej...

Realność ta jest o jednę miłę od miasta Krakowa oddalona i składa się z zabudowań mieszkalnych i gospodarczych jak również z 28 morgów...

Cena szacunkowa zhr. 1350 - wadyum zhr. 135 w. a. wynosi. - Akt oszacowania i warunki licytacyjne mogą być w registraturze sądowej przejrzane. C. k. Sad powiatowy Mogilski. Kraków, 10 Sierpnia 1864.

3. 855. Kundmachung. (888. 1-3) Vom Rzeszower k. k. Kreisgerichts-Präsidentium wird bekannt gemacht...

1) Kupicielewini nie przyznaje się żadnej ewikcyi. 2) Oplatę skarbowa od kupna się należąca sam kupicielewini uisćci obowiazany.

3) Ekstrakt tabularny i akt szacunkowy w tu-tejszo-sądowej registraturze przejrzane być mogą.

Na wy zadek, gdyby ani na pierwszym ani na drugim terminie licytacyjnym ceny szacunkowej nieuzyskano, wyznacza się celem ułożenia uławiających warunków w sprzedaży tych realności w myśl §. 148 Ust. post. Sąd. termin trzeci na 31 Października 1864 o godzinie 10 przed południem...

4) Dla wierzycciele, którzyby po wydaniu wyciągów tabularnych do hypoteki weszli, lub którymy z jakiegokolwiek przyczyny zawiadomienie o tej licytacji albo wcale nie, albo za późno doręconem zostało, ustanawia się kurator w osobie c. k. Notaryusza p. Władysława Kaniewskiego...

5) C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Łańcut, 15. Lipca 1864.

N. 10953. Edict. (878. 3) Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird bekannt gemacht, es werde über das gesammte wo immer befindliche bewegliche Vermögen des S. (Sirch) Gutmann Handelsmanns in Krakau...

6) Es werden daher alle diejenigen, welche an S. (Sirch) Gutmann eine Forderung zu stellen haben, hiermit aufgefordert, ihre aus was immer für einem Rechtstitel herrührenden Forderungen bis 25. October 1864 mittelst eines förmlichen gegen den Concursmassabtreter gerichteten Gesuches so gewiß hiergerichts anzumelden...

7) Zugleich wird behufs der Wahl des definitiven Vermögensverwalters und Gläubigeraussschusses eine Tagfahrt auf den 28. October 1864 um 10 Uhr Vormittags anberaumt...

8) C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Łańcut, 15. Lipca 1864.

N. 6689. Licitations-Kundmachung. (879. 3) Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction Wadowice wird bekannt gemacht, daß wegen Verpachtung der Verzehrungssteuer vom Fleische und Weine in drei Pachtbezirken des Wadowicer Kreises auf die Dauer vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1865...

Am 13. September 1864 Vormittags Pachtbezirk: Andrychau mit 12 Orten. Ausrufspreis für 12 Monate. Fleisch 1763 fl. 92 kr., Wein 583 fl. 34 kr.

Am 15. September 1864 Vormittags Pachtbezirk: Kenty mit 19 Orten. Ausrufspreis für 12 Monate. Fleisch 2400 fl., Wein für 14 Monate 700 fl., für 12 Monate 600 fl.

Am 16. September 1864 Vormittags Pachtbezirk: Saybusch mit 34 Orten. Ausrufspreis für 14 Monate. Fleisch 2666 fl. mit Gemeindeguschlag für 12 Monate 2285 fl. 15 kr., Wein 415 fl. für 14 Monate, für 12 Monate 355 fl. 72 kr. mit Gemeindeguschlag.

Die Licitationsbedingungen können hieraus, dann bei den Finanzwach-Commissären in Wadowice, Kalwarya und Saybusch eingesehen werden.

1) C. k. Sad kraj. Krakowski podaje do wiadomości, iż celem zaspokojenia przysądzonych domowi handlowemu Franciszka Antoniego Wolffa sum a mianowicie:

a) Sumy 2200 zhr. w. a. wraz z procentami po 6% od 12 Listopada 1861 i kosztami sądowemi 4 zhr. 53 kr. w. a.

b) Sumy 965 zhr. w. a. z procentami po 6% od 1 Lutego 1862 1/2% prowizją kosztami protestu 3 zhr. 27 kr. w. a. i kosztami sądowemi 4 zhr. 78 kr. w. a.

c) Sumy 1700 zhr. w. a. z procentem po 6% od 25 Listopada 1861 i kosztami sądowemi 4 zhr. 53 kr. w. a., dalej

d) sumy 11 zhr. 9 kr. w. a. i 14 zhr. 6 kr. w. a. jako przyznanych dalszych kosztów.

2) C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Łańcut, 15. Lipca 1864.

L. 13282. Edykt. (883. 2-3) C. k. Sad kraj. Krakowski podaje do wiadomości, iż celem zaspokojenia przysądzonych domowi handlowemu Franciszka Antoniego Wolffa sum a mianowicie:

a) Sumy 2200 zhr. w. a. wraz z procentami po 6% od 12 Listopada 1861 i kosztami sądowemi 4 zhr. 53 kr. w. a.

b) Sumy 965 zhr. w. a. z procentami po 6% od 1 Lutego 1862 1/2% prowizją kosztami protestu 3 zhr. 27 kr. w. a. i kosztami sądowemi 4 zhr. 78 kr. w. a.

c) Sumy 1700 zhr. w. a. z procentem po 6% od 25 Listopada 1861 i kosztami sądowemi 4 zhr. 53 kr. w. a., dalej

d) sumy 11 zhr. 9 kr. w. a. i 14 zhr. 6 kr. w. a. jako przyznanych dalszych kosztów.

5) Sumy 30 zhr. w. a. którą dom handlowy Franciszka Antoniego Wolffa w skutek uchwały z d. 29 Grudnia 1863 do l. 22626 w sztuce biegłym i notaryuszowi wypłacił i nakoniec kosztów egzekucyjnych w kwocie 19 zhr. 4 kr. w. a. już przyznanych i obecnie w kwocie umiarkowanej 20 zhr. 42 kr. w. a. przyznających się -

6) odbędzie się w c. k. Sadzie krajowym Krakowskim w jednym terminie t. j. na dniu 22 Września 1864 o godzinie 10 rano publiczna przymusowa sprzedaż realności pod N. 404 Dz. I. w Krakowie...

7) O czym strony obydwie i wszystkich wierzycciele hipotecznych w szczególności p. Aniele Tychowską, i p. Oktawię Ostaszewską w Warszawie bawiących do rąk własnych, dając z miejsca pobytu niewiadomego Zygmunta Süßermana, nakoniec wierzycciele, którzy po dniu 14 Lutego 1864 do hypoteki weszli, lub którymy uchwała licytacyjnej rozpisująca z jakiegokolwiek przyczyny wcale lub przed terminem doręczoną być nie mogła, do rąk ustanowionej już kuratora w osobie p. adw. Dra. Schönborna się zawiadamia.

8) Kraków, 9 Sierpnia 1864.

3. 16259. Edict. (892. 1-3) Vom k. k. Landes- und Handelsgerichte in Krakau wird hiemit bekannt gemacht, daß über die von Felix Gumpłowicz am 26. August 1864, 3. 16259 angezeigte Zahlungseinstellung und in Folge des Gesuches des Gläubigers Ignaz Benis vom 28. August 1864, 3. 16410 gemäß §. 3 und 5 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862...

9) 3. 97 die Einleitung des Ausgleichsverfahrens über das sämmtliche bewegliche, und das in denjenigen Ländern, für welche das Gesetz vom 17. Dezember 1862, 3. 97 R. G. B. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen des Schulners Felix Gumpłowicz protocollirten Kaufmanns in Krakau bewilliget, zur Beschlagnahme und Inventur des Vermögens, dann zur Leitung des Ausgleichsverfahrens und einstweiligen Vermögensverwaltung der k. k. Notar Jakobowski als Gerichts-Commissär bestellt wurde.

10) Sievon werden sämmtliche Gläubiger des Verschuldeten verständiget, mit dem Befehle, daß der Termin zur Anmeldung der Forderungen und die Vorladung zur Ausgleichsverhandlung insbesondere wird kundgemacht werden, daß es jedoch jedem Gläubiger freistehe, seine Forderung mit der Rechtswirkung des §. 25 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 Nr. 97 R. G. B. jogleich anzumelden.

11) Krakau am 29. August 1864.

N. 818. Concurs-Ausschreibung. (890. 1-3) Zur Befehung der bei dem k. k. Bezirksamte in Altlandec erledigten Conclistenstelle mit dem jährlichen Gehalte von 367 fl. 50 kr. ö. W. und dem Vorrückungsrechte in die höhere Gehaltsstufe von 420 fl. ö. W. wird hiemit der Concurs bis 15. September 1864 ausgeschrieben.

12) Bewerber um diesen Posten haben ihre gehörrig instruirten Gesuche mittelst ihrer vorgelegten Behörde, innerhalb der Concursfrist hierher oder an das k. k. Bezirksamt Altlandec einzuliefern, und sich über ihren Geburtsort, Alter, Stand, Religion, über die zurückgelegten Studien, Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache, über ihr tadelloßes moralisches Betragen, Fähigkeiten und bisherige Verwendung in der Dienstleistung in der Art auszuweisen, daß darin keine Periode übergangen werde.

13) K. k. Kreisbehörde. Sandec, 14. August 1864.

14) Anzeigeblatt. Mit 1. September 1864 beginnt in der Bildungs- und Erziehungs-Anstalt für weibliche Jugend bei der Gefertigten, der Lehrkurs der niederen, und mit 15. September l. J. jener der höheren Classen.

15) Anna Sanderska, Brüdergasse Nr. 152. (885. 1)

16) Ein Landgut in der Nähe von Czestochowa, 1 1/2 Meilen von der Eisenbahn entfernt, 2250 Morgen Grund in Flächenraume enthaltend ist aus freier Hand zu verkaufen. (886. 1-3)

17) Näheres ertheilt der Hausmeister im Hause Nr. 87 Eigenthümer S. Marchewicz mündlich oder auf frankirte Briefe schriftlich unter Adresse T. W. daselbst.

18) Abgang und Anknst der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. - nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; - nach bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min. Nachm.; - nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Min. Abends; - nach Bielizza 11 Uhr Vormittags.

19) von Wien nach Krakau 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

20) von Odrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

21) von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 40 Min. Morgens.

Anknst in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; - von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends; - von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; - von Odrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; - von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; - von Bielizza 6 Uhr 20 Min. Abends.

22) in Wien von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.